

Interview Glücksspiel

«Die Lotteriegelder an die Bevölkerung zurückverteilen»



Die Kantone würden sich nicht an die gesetzliche Vorgabe halten, wonach mit [Lotteriegeldern nur gemeinnützige Projekte unterstützt](#) werden dürften, hat Tamedia-Wirtschaftschef Peter Burckhardt geschrieben. Er befragte zum Thema auch Jürg Müller, Autor der Avenir-Suisse-Studie [«Glück im Spiel. Patzer in der Regulierung»](#). Das Problem liege in der Dreifachrolle der Kantone, sagt Müller im Interview: «Sie sind Anbieter, Nutzniesser und Regulatoren gleichzeitig.»

[«Die Lotteriegelder an die Bevölkerung zurückverteilen»](#)

Transfer-Anlass 2024

Diskussion über die Legislatur-Leitlinien des Bundesrats



Milizpolitikerinnen und -politiker haben sich im Zurich Development Center zu einem Workshop mit Avenir Suisse getroffen. Der Weiterbildungsanlass findet jährlich statt und richtet sich an Angestellte von sieben grossen Schweizer Versicherungen, die sich in Politik oder Zivilgesellschaft engagieren. Unser Kurzvideo zeigt Eindrücke vom Transfer-Anlass, an dem die Legislatur-Leitlinien des Bundes diskutiert wurden.

 [Transfer-Anlass 2024: Diskussion über die Legislatur-Leitlinien des Bundesrats](#)

Die Zahl



Seit Einführung des nationalen Finanzausgleichs 2008 konnten sich insbesondere die Zentralschweizer Kantone verbessern. Die Westschweizer verloren hingegen alle an relativer Finanzkraft. Gemessen am Ressourcenindex, der die in einem Kanton anfallenden steuerbaren Einkommen, Vermögen und Gewinne ins Verhältnis zum schweizerischen Mittel (=100) setzt, büsste Neuenburg mit -20 Indexpunkten am meisten ein. *(PLE)*

Interview Arbeitsmigration (Teil 2)

«Es ist wichtig, welche Signale man in die Welt sendet»



In einem zweiteiligen Interview spricht Patrick Leisibach über die Chancen der Arbeitsmigration in die Schweiz: 50'000 zusätzliche Stellen seien zwar ein Erfolgszeichen, sagt unser Senior Fellow gegenüber dem Tamedia-Stellenportal «Alpha». Es stelle sich jedoch die Frage, ob man nicht auch mit weniger Stellenwachstum und mehr Strukturwandel gleich viel Wohlstand generieren könnte.

[«Es ist wichtig, welche Signale man in die Welt sendet»](#)

Vorschau «Monday for Future»

Schweizer Antwort auf ausländische Industriepolitik



Weltweit werden Milliarden an Steuergeldern für Industriepolitik mobilisiert. Wie soll die Schweiz darauf reagieren? Ist es an der Zeit, in den Subventionswettlauf einzusteigen? Unter der Leitung von Marc Lehmann diskutieren am «Monday for future» vom 10. Juni Franziska Roth (Ständerätin SO), Eric Scheidegger (Chefökonom Seco), Christoph Ammann (Regierungsrat BE) sowie Samuel Rutz (Avenir Suisse).

Monday for Future: «Industriepolitik – was tun, wenn das Ausland unaufhaltsam fördert?». Raiffeisen Forum Bern (Schauplatzgasse 11), 10. Juni, 12 Uhr. [Link zur Anmeldung für eine Teilnahme vor Ort.](#)

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

1. Mai: Dass die Gewerkschaften mit der Berichterstattung der [SRF-Sendung «10 vor 10»](#) zum «Tag der Arbeit» bloss unzufrieden gewesen sind, wäre stark untertrieben: Unter dem Titel «Der 1. Mai im SRF: Durch den Dreck gezogen» empörte sich die [Unia-Zeitung «Work»](#) über Jürg Müllers liberale Einordnung der Aufmarschparolen: «Dank dem Kapitalismus würden wir heute länger leben und mehr Freizeit geniessen, durfte er behaupten», entsetzt sich das Gewerkschaftsblatt.

Staatspersonal: «Der Staat zahlt fürstliche Saläre und lockt mit allerlei Zuckerchen», [hat die NZZ festgestellt](#). Viele Private könnten deshalb bei der Personalrekrutierung nicht mehr mithalten. Zudem wache die Beschäftigung im öffentlichen Sektor überproportional, habe [Avenir Suisse vorgerechnet](#). In der Privatwirtschaft betrug das Personalwachstum in der vergangenen Dekade 8%, im öffentlichen Sektor (inkl. staatseigene Betriebe) 13%. Der Beitrag ist auch auf [«KMU today»](#) publiziert worden.

Gesundheitskosten: «Die Prämien-Entlastungs-Initiative macht das Gesundheitswesen noch teurer», hat Interpharma-CEO René P. Buholzer im [Branchenportal «Interpharma.ch»](#) bekräftigt. Er argumentiert mit einem [Beitrag von Avenir Suisse](#), wonach schon heute nur 36% der Gesundheitskosten über die Kopprämien abgedeckt werden. 23% der Ausgaben werden durch Steuerbeiträge beglichen. Hinzu kommen 5,5 Mrd. Fr. für Prämienverbilligungen, ebenfalls zulasten von Bund und Kantonen. Dass die Krankenkassenprämien nur die Spitze des Eisbergs sind, hat Diego Taboada auch im [«Quotidien Jurassien»](#) sowie in [«Le Courrier»](#) erläutert.

Die [«Zeit»](#) hat sich des Themas unter dem Titel «Hilfe fürs sieche Haus» von einer anderen Seite angenommen. Im teuren Schweizer Gesundheitssystem scheine es kaum möglich, Kosten zu sparen. Dass allerdings die alternde Bevölkerung an den wachsenden Kosten die Hauptschuld trage, stimme nicht: Diego Taboada und Jérôme Cosandey hätten [jüngst gezeigt](#), dass der Anteil der Menschen über 65 an den gesamten Gesundheitskosten im vergangenen Jahrzehnt bei 44% verharrte – obwohl der Anteil der Rentner an der Bevölkerung um 12% stieg.



Bedingungsloses Grundeinkommen: Trotz regelmässiger Ablehnung an der Urne taucht das Thema eines [bedingungslosen Grundeinkommens](#) periodisch aus der Versenkung auf. Während dreier Jahre hat ein [«DOK»-Filmteam für das Schweizer Fernsehen SRF](#) Anhänger eines solchen Wirtschaftssystems begleitet. Nicht zu diesen Anhängern gehört Lukas Rühli. Im Beitrag erklärt er das Dilemma, an dem ein bedingungsloses Grundeinkommen scheitern muss.

Arbeitsmarkt: Der [«Werdenberger und Obertoggenburger»](#) sowie das «Liechtensteiner Vaterland» ([Printausgabe](#)) haben von der Veranstaltung des Berufs- und Weiterbildungszentrums Buchs Sargans berichtet, wo Marco Salvi zum Thema [«Weiterbilden, aber gezielt»](#) gesprochen hatte. Laut einem Zeitungsartikel, den er präsentierte, sei schon 1972 von einem «notorischen Fachkräftemangel» die Rede gewesen. Für die künftige Arbeitswelt und somit den Fachkräftemangel spiele [künstliche Intelligenz \(KI\)](#) eine Rolle. Betroffen seien v.a. mittlere Qualifikationen, egal in welchen Altersgruppen. Öffentliche Bildungsausgaben würden aber zum grössten Teil im ersten Drittel des Lebens eingesetzt.

Warme Progression: «Aargauer Bevölkerung zahlte über zehn Jahre mehr als 200 Millionen Franken zu viel Steuern», haben die [«Aargauer Zeitung»](#) und das [«Zofinger Tagblatt»](#) geteilt. Eine [Studie von Avenir Suisse](#) zeige, dass die Steuerlast der Bevölkerung stärker steigt als die Löhne. Die Auswertung der Analyse zur warmen Progression für den Kanton Aargau war auch ein Thema im Newsportal [«Nau»](#) sowie in der Zeitschrift [«AWP – Soziale Sicherheit»](#) ([Printausgabe](#)).

Unsere aktuellen Publikationen



[Warme Progression Schweizweit](#)

[Zeit für Industriepolitik?](#)

[Der unterschätzte Bachelor](#)

Newsletter verpasst?

Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).